

Unter diesem Motto hat sich die US-amerikanische Antikriegs-Bewegung „Unite for Peace“ zusammenschlossen mit einer Parallel-Kampagne, die sich gegen die schrittweise Etablierung des Ausnahmezustands im Innern richtet. Dieser Zusammenschluss (am 25. Oktober 2002 in Washington) von damals bereits mehr als 70 Organisationen nennt sich seither „United for Peace & Justice“ und wird mittlerweile (lt. aktueller Liste) von ca. 180 Organisationen innerhalb der USA unterstützt. Das Gesetz, gegen das sich diese Parallel-Kampagne richtet – und das jetzt weiter verschärft werden soll in Abfassung II, ist der USA PATRIOT Act vom 26.10.2001 (Kurzbezeichnung zu: „Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tool Required to Intercept and Obstruct Terrorism“).

Bislang ist es gelungen, in 73 Gemeinden, Landkreisen, Städten (z.B. Seattle, San Francisco, Detroit) sowie Bundesstaaten (Hawai und New Mexico) entsprechende Beschlussfassungen seitens der dortigen Vertretungskörperschaften gegen den USA Patriot Act zu erlangen. Diese Organe repräsentieren hierüber den mehrheitlichen Willen einer Teil-Einwohnerschaft von immerhin bereits 5,6 Mio. Menschen. Die anbei dokumentierte Resolution war am 20. März als Vorlage der örtlichen Bewegung „Unite for Peace“, abgestützt auf das dortige Mitglied Angel L. Ortiz (Demokratische Partei), in den Stadtrat von Philadelphia eingebracht worden. Nach eingehender Erörterung und Überarbeitung konnte eine mehrheitliche Unterstützung für ihre endgültige Verabschiedung gewonnen werden. Das war in der Nacht vor dem jetzigen Angriff auf den Irak.

„Im Lichte der anstehenden Wahlen und der allgemeinen Empfindung, dass ein heutiges Votum gegen jedwedes Regierungsmandat als unpatriotisches Votum aufgefasst werden würde – hat Angel Ortiz seine diesbezügliche Eingabe aufgeschoben. Das war natürlich nicht eine Position, die wir unterstützen. Wir sind hier eher der Ansicht, dass es in dieser kritischen Zeit nicht nur patriotisch ist, die Verfassung zu verteidigen – sondern dass das zu den wichtigsten Pflichten unserer Regierung auf allen Ebenen gehört, ungeachtet der auswärtigen Geschehnisse“ (aus der entspr. Internet-Nachricht des Campaign Comitee of Unite for Peace“/eigene Übers.).

huh

#### Zusätzliche nützliche Quellen:

1. Jennifer Van Bergen/“Repeal the USA Patriot Act. Part I – VI“; 1.-6.04.2002; 6-teilige Abhandlung (amerikan.) in: [http://truthout.com/docs\\_02/04.02.A.JVB.Patriot.p.htm](http://truthout.com/docs_02/04.02.A.JVB.Patriot.p.htm)
2. David Cole/“Patriot Act's Big Brother“; 27.02.2003; Abhandlung zur weiteren Verschärfung in Gestalt des „Domestic Security Enhancement Act / DSEA“ (amerikan.) in: <http://www.thenation.com/doc.mhtml?i>

## „Macht Eure Stadt oder Gemeinde zu einer sicheren Zone der Bürgerfreiheiten!“

### Beschluss für die Stadt Philadelphia/Bundesstaat Pennsylvania gegen den USA PATRIOT ACT und gegen andere Anweisungen an die Exekutive

„[Kurze Vorwegangabe des Inhalts und der Zwecksetzung der Beschlussvorlage – hier weggelassen/Red.]...“

*In Anbetracht dessen, dass die Stadt Philadelphia anerkennt, dass eine Bedrohung der verfassungsmäßigen Rechte einer jeglichen Person zugleich auch eine Bedrohung der Rechte aller Personen darstellt; und*

*In Anbetracht dessen, dass die Stadt Philadelphia dem Schutz der Bürgerrechte und der Bürgerfreiheiten für alle Einwohner stets verpflichtet war und auch weiterhin verpflichtet bleibt; und*

*In Anbetracht dessen, dass es die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten – die in Philadelphia verfasst wurde – für offensichtlich bzw. selbstverständlich hält, dass alle Menschen*

und

*In Anbetracht dessen, dass am 11. September 2001 ein schlimmes Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt wurde, das neue Bundesstaatsgesetze und Ermächtigungen nach sich zog – hierin eingeschlossen ist der USA Patriot Act, der von Präsident Georg W. Bush am 26. Oktober 2001 unterzeichnet wurde;*

*In Anbetracht dessen, dass jener USA Patriot Act – der abgefasst wurde, um dem Angriff auf unsere Nation Rechnung zu tragen – die zuvor genannten grundlegenden verfassungsmäßigen Rechte schwächt, ihnen widerspricht und sie aushöhlt. [Und in Anbetracht dessen, dass] dieser Act, ein 342 Seiten umfassendes Dokument, hastig innerhalb von sechs Wochen erlassen wurde ohne öffentliche Anhörungen oder eine ‚Absegnung‘ durch entsprechende Kongressbefassung; und*

*In Anbetracht dessen, dass – wie folgende Beispiele deutlich machen – die Bedrohung dieser grundlegenden ver-*

*fassungsmäßigen Rechte durch den Patriot Act eine Ausweitung der Macht der Bundesregierung in folgende Richtungen beinhaltet: Veranlassen von Telefon- und Internet-Überwachung bei nur eingeschränkter gerichtlicher Aufsicht; Einräumen eines weitreichenden Zugriffs – für die Durchführung dieses Gesetzes [Patriot Act/Red.] und für die geheimdienstlichen Stellen – auf sensitive Daten aus dem medizinische*



*gleich geschaffen wurden – ausgestattet mit den unveräußerlichen Rechten auf Leben, auf Freiheit, sowie mit dem [Recht auf] Streben nach Glück; und*

*In Anbetracht dessen, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten allen hier lebenden Personen bestimmte Grundrechte garantiert – hierzu zählen die Religionsfreiheit, die Redefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Privatsphäre; [sodann:] Schutz vor unerlaubten Durchsuchungen und Verhaftungen; [des weiteren:] Anspruch auf ein ordentliches Verfahren und auf gleichen Rechtsschutz, auf Zugang zu einem Rechtsbeistand, auf vorgängige Unschuldsvermutung sowie auf einen fairen, zügigen und öffentlichen Prozess;*

*Bereich, aus dem Bereich des psychiatrischen Gesundheitswesens, aus dem Finanzbereich und aus dem Erziehungsbereich unter geringer, wenn überhaupt stattfindender, gerichtlicher Aufsicht; Ausweitung der Ermächtigung zu geheimen Durchsuchungen von Wohnungen und Geschäftsräumen – einschließlich der Kontrolle, welche Bücher in Buchhandlungen gekauft oder in Bibliotheken ausgeliehen wurden; Einschränkung der – auf Grundlage des Gesetzes über die Informationsfreiheit stattfindenden – Bekanntmachung von öffentlichen Dokumenten und Aufzeichnungen; und*

*In Anbetracht dessen, dass die Auslegungen des Patriot Act durch das Justizministerium sowie die entspr. Durchfüh-*

rungsverordnungen sich herausstellen als gerichtet gegen ausgewählte Gruppen bestimmter Hautfarbe und gerichtet gegen bestimmte religiöse Gruppen – einschließlich Einwohnern anderer Nationalität. [In Anbetracht dessen, dass] dies Bestürzung bzw. Furcht ausgelöst hat bei vielen unserer örtlichen Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger, die ein ansteigendes Klima der Hautfarbe-bezogenen und ethnischen Ausgrenzung befürchten. [In Anbetracht dessen, dass] dies deswegen besonders beunruhigend ist, weil die Stadt Philadelphia der Wohnsitz einer verschiedenartigen bzw. mannigfaltigen Bevölkerung ist, deren Beiträge zum Charakter und zur Funktion dieser Stadt lebenswichtig sind; und

*In Anbetracht dessen, dass* der Stadtrat [bereits] am 30. Mai 2002 den Beschluss Nr. 020394 gefasst hat, welcher den energischen Widerstand – es sei denn, es ist [ausdrücklich] angeordnet durch Gerichtsentscheid oder angeordnet aufgrund Gesetzesvorschrift – gegen jene Bundespolitik zum Inhalt hatte, die [den entspr.] örtlichen und bundesstaatlichen Vollstreckungsbehörden die Autorität verleiht, Nachforschungen anzustellen bezüglich der Staatsbürgerschaft und bezüglich des Status der Ortsansässigkeit; und

*In Anbetracht dessen, dass* der Stadtrat der Leitung der städtischen Polizeibehörde den Schutz der Privatsphäre der Nicht-Staatsbürger in unserer Stadt anvertraut hat – dergestalt, dass sie Gebrauch macht vom Police Directive Memorandum 01-06: Hierüber wird das gesamte Polizeipersonal dazu angehalten, ‚die Vertraulichkeit all jener Informationen im maximalen – vom Gesetz erlaubten – Umfang zu wahren, welche den amtlichen Wohnsitz von Einwanderern betreffen‘, und

*In Anbetracht dessen, dass* in 2002 – als vorsorgliche Antwort der Stadt Philadelphia auf die Gefahren des Terrorismus im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 – das Anti-Terrorismus-Büro innerhalb der [städtischen] Polizeibehörde eingerichtet wurde; und

*In Anbetracht dessen, dass* der Stadtrat den Auftrag dieses Anti-Terrorismus-Büros unterstützt, was dessen Politik mit einbegreift: Diese Politik ist ausdrücklich darauf abgestellt, ‚den legitimen Erfordernissen der Gesetzesanwendung Rechnung zu tragen – und gleichzeitig die verfassungsmäßigen und rechtlichen Grundlagen zu bewahren, die jedem Individuum das Recht auf Privatsphäre garantieren‘ – und was insofern eine weitere Veranschaulichung liefert davon, dass sich unsere Stadt der Aufrechterhaltung der grundlegenden Freiheiten [eines jeden Bürgers] verpflichtet weiß; und

*In Anbetracht dessen, dass* viele andere Kommunen und über fünfzig Städte im gesamten Land Beschlüsse gefasst haben, welche die Unterstützung für die Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten bekräftigen – im Angesicht einer Politik der

Bundesregierung, die diese Werte bedroht – und [in Anbetracht dessen, dass diese Kommunen und Städte] von den Bundesbehörden einen verantwortlichen Umgang fordern hinsichtlich des Gebrauchs dieser neuen Ermächtigungen; daher

*Sei beschlossen*, durch den Stadtrat von Philadelphia, dass er seine Unterstützung bekräftigt für den Feldzug der Regierung der Vereinigten Staaten gegen den globalen Terrorismus – aber dass er ebenfalls bekräftigt: Jegliche Maßnahmen zur Beendigung des Terrorismus dürfen nicht auf Kosten der fundamentalen Bürgerfreiheiten der Einwohner von Philadelphia und aller Einwohner der Vereinigten Staaten erfolgen; und

*Sei außerdem beschlossen*, dass die Stadt Philadelphia die Rechte aller Menschen – das schließt Staatsangehörige der Vereinigten Staaten ebenso ein wie Staatsangehörige anderer Nationen, die in [unserer] Stadt leben – feierlich bekräftigt in Übereinstimmung mit der Bill of Rights und dem vierzehnten Änderungsgesetz zur U.S. Verfassung; und

*Sei außerdem beschlossen*, dass der Stadtrat von Philadelphia die [örtliche] Stadtverwaltung [einerseits] sowie die Einwohner [andererseits] auffordert – dort, wo sie ihrem Alltagsleben nachgehen, sich leiten zu lassen von der kollektiven Verantwortung und Verpflichtung für den Erhalt der verfassungsmäßigen Schutzrechte, die allen Bürger unserer Stadt zustehen. Der Stadtrat betont, dass es sich hierbei handelt um die übergeordnete Verantwortlichkeit seitens des örtlichen Personals für die betr. Gesetzesdurchführung, [sowie] seitens der ernannten und gewählten amtlichen Repräsentanten der Bundesregierung – sie alle sind strikt verantwortlich für die Einhaltung des Eids, den sie geleistet haben auf die Bewahrung, den Schutz und die Verteidigung der Verfassung der Vereinigten Staaten und die Wohlfahrt des Bundesstaats Pennsylvania; und

*Sei schlussendlich beschlossen*, dass der [Stadt-]Rat alle Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats der Vereinigten Staaten aufruft, die Anwendung des betr. Gesetzes und der damit verbundenen Durchführungsverordnungen zu kontrollieren und aktiv hinzuwirken auf die Aufhebung des [U.S. PATRIOT-] Act's – oder auf die Aufhebung derjenigen Bestimmungen des Act's inklusive seiner Durchführungsbestimmungen, die jene [o.a.] fundamentalen Rechte und Freiheiten verletzen, welche festgelegt sind in der Verfassung der Vereinigten Staaten sowie in ihren Abänderungsgesetzen.

*Als Beschlussvorlage eingebracht vom Mitglied des Stadtrats von Philadelphia, Angel L. Ortiz*

*Donnerstag, 20. März 2003“ (Quelle: <http://www.phillypeace.org/patriotact/resolution.html> – eigene Übers.)*